

## Angriffe auf das Streikrecht zurückweisen



Wenn aus „Streik-Folklore“ echter Arbeitskampf mit ernstem ökonomischen Konsequenzen wird, wird die Kapitalseite nervös und der Ruf nach weiteren Einschränkungen des Streikrechts laut. So forderte der Deutsche Arbeitgeberverband (BDA) in Person seines Hauptgeschäftsführers Steffen Kampeter „gesetzliche Regelungen mit dem Ziel, dass Arbeitskämpfe Ausnahmen bleiben sollen“. Anfang März nannte er gemeinsame Streikaktionen von ver.di und der Klimaschutzorganisation Fridays for Future (FFF) anlässlich des globalen Klimastreiktag eine „gefährliche Grenzüberschreitung“. Angesichts des gemeinsamen bundesweiten Warnstreik von ver.di und EVG am 27. März von Nah- und Fernverkehr, der bereits vier Tage vorher

angekündigt worden war, schürten die Medien Panikmache. »Jetzt holen die Gewerkschaften ihre Folterwerkzeuge aus den Schubladen«, verkündete die Mediengruppe Bayern. Die Pforzheimer Zeitung fragte, ob das noch ein Warnstreik sei oder „nicht viel mehr ein Exzess“? Das Handelsblatt befand es für überzogen, dass Beschäftigte der Bahn und des öffentlichen Dienstes die „halbe Republik in Geiselhaft (...) nehmen“. Und die Allgemeine Zeitung aus Mainz wollte wissen: „Was soll denn danach noch kommen? Generalstreik?“ Und Vertreter des Kapitals drohten: „Wer so unverhältnismäßig handelt, gefährdet die Akzeptanz für das Streikrecht“, so S. Kampeter vom BDA.

Fortsetzung Seite 2

## Über 2,9 Millionen Kinder sind arm – mehr als jedes fünfte Kind

Und das in einem der reichsten Länder der Welt – eine Schande! Angetreten war die Ampelregierung mit dem Versprechen: „Wir wollen Familien stärken und mehr Kinder aus der Armut holen. Dafür führen wir eine Kindergrundsicherung ein. Kinder haben eigene Rechte, die wir im Grundgesetz verankern werden.“

Wie es scheint, wird aus diesem Versprechen nichts. Familienministerin Paus (Grüne) rechnet mit einem Betrag von 12 Mrd. Euro, der dazu benö-

tigt würde, aber Finanzminister Lindner (FDP) hält 2 - 3 Mrd. Euro für ausreichend. Er ist der Meinung, dass mit der Erhöhung des Kindergeldes um 31,- Euro auf jetzt 250,- Euro schon genug für Kinder getan worden wäre. Bloß bei denen, die es am Nötigsten hätten, kommt dieses Geld nicht an. Einer aktuellen Studie zufolge ist mehr als jedes fünfte Kind arm oder von Armut bedroht. Inflation, Pandemie und Energiekrise verschärfen diese Situation zusätzlich.

Fortsetzung Seite 3

## Schlichterspruch = Tarifergebnis? = Reallohnsenkung!

Mit einer Forderung von 10,5%, mindestens 500,- Euro bei 12 Monaten Laufzeit gingen die Kolleginnen und Kollegen in den Tarifkampf. Mit vielen tollen Streikaktionen und guter Beteiligung zeigten die KollegInnen Kampfkraft und Stärke. Ist es doch auch dringend notwendig, dass sich in diesem Bereich etwas tut. Vor allem angesichts der Inflation steht vielen das Wasser bis zum Hals. Viele haben auch angesichts der Arbeitsbedingungen durch das viel zu wenigen Personals ihren Rücken gekehrt. Das macht es für die, die noch da sind, nicht einfacher. Deshalb ist die Forderung auch absolut berechtigt. Die Aussagen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde waren eine Provokation und wurden deshalb auch abgelehnt. Eine tabellenwirksame Erhöhung von 8% auf zwei Jahre und eine sog. Inflationsausgleichszahlung von insgesamt 3.000,- Euro, das Ganze bei einer Laufzeit von 24 Monaten. Die Schlichtungsempfehlung sieht jetzt ab 1. März 2024 eine Tabellenerhöhung von 200,- Euro und dann 5,5% vor. Wenn dabei keine Erhöhung um 340 Euro erreicht wird, wird der betreffende Erhöhungsbetrag auf 340 Euro gesetzt. Im Juni 2023 gibt es eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 1.240,- Euro und von Juli 23 bis Februar 24 jeweils monatlich 220,- Euro Inflationsausgleichszahlungen. Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Für diesen Zeitraum wird aktuell eine Inflation von über 16% prognostiziert.

Fortsetzung Seite 2

Solche Äußerungen sind einerseits provokant und hätten gleich mit einem Generalstreik beantwortet werden sollen. Andererseits zeigen sie, dass Gewerkschaften von der Gegenseite (wieder) als Akteur auf Augenhöhe wahrgenommen werden, wenn sie massenhaft wirkungsvoll streiken. Auch in Frankreich und Großbritannien gibt es große Angriffe auf das Streikrecht. Obwohl der Streik als universales Menschenrecht durch UN-Menschenrechtscharta wie auch europäischer Charta der Grundrechte geschützt ist, ist seine Existenz bedroht. Diese Angriffe müssen wir gemeinsam zurückweisen.

**Der Streik drückt den unversöhnlichen Widerspruch zwischen ArbeiterInnenklasse und Kapital aus und widerlegt das Märchen von Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie im Kapitalismus.** Überall dort, wo Ausbeutung verschärft, Profite maximiert oder die ArbeiterInnenklasse niedergedrückt werden soll, soll das Streikrecht beschnitten oder abgeschafft werden. Letztendlich geht es beim Streikrecht um eine gesellschaftliche Machtfrage. Es geht darum, ob wir es als Beschäftigte schaffen, unsere demokratischen Rechte auszuweiten, uns unsere Rechte selbst zu nehmen und entsprechenden politischen Druck zu erzeugen. Das Streik-



recht ist im Kapitalismus nur durch seine Anwendung durchzusetzen, nicht durch Verzicht.

Es muss letztendlich darum gehen den Kampf nicht nur um Krümel oder ein Stück vom Kuchen zu führen, sondern um die ganze Bäckerei.

Erst wenn die ArbeiterInnenklasse die gesamte politische und ökonomische Macht im Staate in den Händen hält, dann hat sie gewonnen und kann ihre Arbeits- und Lebensbedingungen selbst bestimmen.

### Tarifrunde Post:

## Kampfkraft nicht ausgeschöpft!



Mit einer Forderung von 15% bei einer Laufzeit von 12 Monaten gingen die Kolleginnen und Kollegen bei der Post in die Tarifrunde für die 160.000 Beschäftigten. Bei einem Gewinn von 8,4 Mrd. und 2,2 Mrd. Gewinnausschüttung an die Aktionäre wäre die Forderung mit 930 Mio. für die KollegInnen, die täglich diesen Gewinn erarbeiten, eigentlich Peanuts. Doch der Postvorstand blieb hart, nach drei Verhandlungsrunden immer noch kein Angebot. Die KollegInnen haben dar-

aufhin mit fast 86% für Streik gestimmt. Warum sich die ver.di-Führung nach diesem überwältigenden Urabstimmungsergebnis trotzdem auf Verhandlungen eingelassen hat, ist unverständlich, es entspricht auch nicht der innergewerkschaftlichen Demokratie. Dementsprechend schlecht fiel das Verhandlungsergebnis aus. Die Laufzeit wurde für 24 Monate vereinbart. Im April 2023 gibt es eine Inflationsausgleichszahlung von 1.020,- Euro (anteilig der wöchentlichen Arbeitszeit). Von Mai 2023 bis März 2024 gibt es monatlich 180,- Euro Inflationsausgleichszahlung. Das entspricht für das Jahr 2023, was die Tabelle betrifft, einer Nullrunde. Die Inflationsausgleichszahlung ist nicht nachhaltig, weil sie nicht in die Tabelle eingeht, sie wirkt sich auch nicht auf Weih-

nachtsgeld, Sonderzahlungen oder Rente aus. Erst ab April 2024 gibt es eine tabellenwirksame Erhöhung von 340,- Euro (anteilig der wöchentlichen Arbeitszeit). Gut ist, dass die Erhöhung ein Festbetrag ist, weil somit die unteren Entgeltgruppen mehr angehoben werden und so die Verarmung etwas abgebremst wird. Bei der hohen Fluktuation bei der Post ist es gut, dass Beschäftigte jetzt bereits ab 30 Tagen Anspruch auf Weihnachtsgeld haben. Dieser Abschluss bedeutet bei der anhaltend hohen Inflationsrate einen Reallohnverlust für die ohnehin nicht gut bezahlten KollegInnen bei der Post. Dies haben offensichtlich auch viele erkannt, denn die Zustimmung zu dem Abschluss lag nur bei 61,7% der ver.di-Mitglieder. Eigentlich eine Schlappe für den ver.di-Vorstand. Es bleibt zu hoffen, dass nicht viele der neu eingetretenen Kolleginnen und Kollegen gleich wieder enttäuscht aus der Gewerkschaft austreten.

Eigentlich sollte sowieso in Zeiten von galoppierender Inflation keine Laufzeit über einem Jahr abgeschlossen werden.

Damit ist klar, dass ein Abschluss auf dieser Basis massive Reallohnverluste bedeutet!

Diese Schlichtungsempfehlung ist kein Tarifergebnis. Am 22. April gingen die Verhandlungen weiter, dabei wurde eine Einigung erzielt, die im Wesentlichen die Schlichtungsempfehlung beinhaltet. Kritisch gesehen werden muss: eine Nullrunde von 14 Monaten, erst ab März 2024 steigen die Tabellen. Die Inflationsausgleichszahlung wird ein weiteres Mal als Ersatz für richtige Lohnerhöhungen benutzt. Erst in den letzten 10 Monaten der Laufzeit (zwei Jahre) wird es eine reguläre tabellenwirksame Lohnerhöhung geben.

Über 70.000 neue Mitglieder in dieser Tarifrunde und eine halbe Million Streikende waren eigentlich ein starkes Signal an den ver.di-Vorstand, nicht einzuknicken, die Streikbereitschaft war vorhanden. Denn die Berufe im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen attraktiver werden, dazu braucht es dringend mehr Personal, das geht uns alle an und ist in unser aller Interesse.

Ab dem 4. Mai startet eine Mitgliederbefragung, die Bundestarifkommission soll am 15. Mai endgültig entscheiden.

Fortsetzung von Seite 1: Kinderarmut

Überdurchschnittlich betroffen sind Alleinerziehende sowie Familien mit drei oder mehr Kindern. Wer als junger Mensch in Armut aufwächst, heißt es in der Analyse, leidet täglich unter Mangel, Verzicht und Scham und hat zugleich deutlich schlechtere Zukunftschancen. Diesen Kindern fehlt es am Nötigsten. Auf so Selbstverständlichkeiten wie Kindergeburtstage feiern, ins Kino oder zum Sport gehen, an einer Ferienfahrt teilnehmen müssen sie verzichten, weil das Geld dafür nicht ausreicht. Das führt zu Ausgrenzung, das soziale Miteinander und die Entwicklungsmöglichkeiten leiden. Wir fordern eine bedingungslose, finanziell ausreichende und unbürokratische Kindergrundsicherung und mehr Geld für Bildung statt für Waffen und Krieg!

Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, bräuchte es über 20 Mrd. Euro. Alle Kinder müssen den gleichen Garantietrag erhalten. Kinder aus armen Familien müssen deutlich mehr bekommen. Dieser Zusatzbetrag muss auch die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern in unterschiedlichem Alter berücksichtigen: Kleinkinder, Schulkinder und Jugendliche.

Aber um die 2,9 Mio. Kinder aus der Armut zu holen, ist mehr Druck auf diese Regierung notwendig. Waffen an die Ukraine und Hochrüstung der Bundeswehr haben bei dieser Regierung Priorität. Deshalb: Kämpfen wir wie die Kolleginnen und Kollegen in Frankreich.

**Lasst uns massenhaft gemeinsam auf die Straße gehen. Ein besseres Leben müssen wir uns selbst erkämpfen.**

## **Statt Waffenlieferungen und Aufrüstungsprogrammen mehr Geld für Soziales und höhere Löhne!**



<https://www.bawue.sdaj.org/2023/04/11/festival-der-jugend-2023/>  
Kontakt: info@sdaj-netz.de

**ROTE PEPERONI.**  
SOZIALISTISCHE KINDERORGANISATION

Wir bieten an:  
zwei Wochen Ferienlager im Sommer  
vom 30. Juli - 12. August 2023  
in Stetten a.k.M. (Baden Württemberg)  
für Kinder von 9 bis 14 Jahren ...



... und vieles mehr!

**WWW.ROTEPEPERONI.DE**

## **Protziger Porsche statt preisgünstiger Polo**

Trotz geringerer Absätze verzeichnen die Konzerne steigende Umsätze und Rekordgewinne. Wie ist das möglich? Die Strategie der Autokonzerne geht auf: Die wenigen Halbleiter, die sie haben, verbauen sie in ihren „Premium-Modellen“. Diese können sie dann für teures Geld verkaufen. Das ist auch an der Zahl der neu zugelassenen Modelle abzulesen. Während die Zahl der Kleinwagen-Neuzulassungen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 12,2% sank, stieg die Zahl der Oberklasse um 5,8% und der SUV um 16,6%.

Diese erfolgreiche Strategie soll beibehalten werden. Die Konzerne kämpfen um Anteile im lukrativen Segment der „Premium-Modelle“, gleichzeitig stoßen sie die angeblich unrentable Produktion von günstigen Modellen ab. Der ADAC stellt fest,

das „einige Hersteller (die) günstigen Modellvarianten – also solche mit wenig Ausstattung und ‚schwachen‘ Motorisierungen – einfach nicht mehr an(bieten)“.

Dadurch wird das Angebot verknapp, was zu einer weiteren Verteuerung der verfügbaren „günstigen Modellvarianten“ führt. Die Folge ist ein massiver Preisanstieg bei Klein- und Kleinwagen: Im Vergleich zu 2017 um 44,3% bzw. 30,1%. Die Preise der Oberklasse stiegen um 12,7%. **Die viel zitierte Abkehr vom Verbrenner ist derzeit eine Abkehr vom günstigen Kleinwagen.**

Der „klimaneutrale Umbau“ trifft die Beschäftigten also in zweierlei Hinsicht. Zum einen führt er zur Schließung von Werken, Personalabbau und Rationalisierungen. Das gilt vor allem dort, wo günstige Modelle ge-

baut werden. Zum anderen sind die Preise für Kleinwagen, an denen viele ein Interesse haben, stark gestiegen. Die zunehmende Bedeutung der „E-Mobilität“ wird diese Tendenz verstetigen, so die Einschätzung eines „Branchenkenners“: „Die Technologie ist per se sehr teuer. Das lohnt vielleicht in der Mittelklasse oder bei Premiumwagen, aber die Verbindung Kleinwagen und E-Auto ist derzeit kein ökonomisch sinnvolles Modell.“ Demnach werden die Preise im Kleinwagenssegment hoch bleiben. VW gibt als Ziel aus, bis 2025 einen Kleinwagen mit E-Antrieb für unter 25.000 Euro auf den Markt zu bringen. Zum Vergleich: Ein VW Polo kostete vor einigen Jahren in seiner günstigsten Ausstattung etwa die Hälfte.

## Gedanken zum 2. Mai

Vor 90 Jahren, am 2. Mai 1933, stürmten die Faschisten in ganz Deutschland unsere Gewerkschaftshäuser. Sie beschlagnahmten gewerkschaftliches Eigentum, misshandelten und verhafteten aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, viele kamen in Zuchthäuser und KZ – wurden ermordet.

Im Januar 1933 mit der Machtübertragung an die Faschis-

ten durch das deutsche Kapital hatte die KPD zum Generalstreik aufgerufen. Doch diesem Aufruf folgten nur wenige. Das kleine Städtchen Mössingen am Fuße der schwäbischen Alb steht dafür beispielhaft. Die SPD-Führung und der mit ihr verbundene ADGB (Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund) lehnten einen Generalstreik ab. Trotz der Verfolgung und Misshandlung vieler Gewerkschaftskollegen riefen sie noch dazu auf, mit den Faschisten den 1. Mai zu feiern. Einen Tag später wurden die Gewerkschaften verboten.

### Und heute?

Ungestört konnte in Deutschland eine faschistische Terrorbande über Jahre unter den Augen des Verfassungsschutzes Menschen ermorden. An einer Aufklärung über die Verbindungen scheint kein großes Interesse zu bestehen.

Am 2. Mai 2014 wurde in Odessa von faschistischen Mob das Gewerkschaftshaus

gestürmt, angezündet und über 48 Menschen wurden ermordet. Konsequenzen für die Täter: keine. Ermittlungen kommen nicht voran. Faschisten haben in der Ukraine heute unmittelbaren Einfluss auf die Regierung. Gewerkschaften wurden von der Selenski-Regierung weitgehend entmachtet, Streiks sind verboten, Kollektivverträge stark eingeschränkt, die Ukraine wird zum neoliberalen Versuchslabor.

Impressum



Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.: DKP Stuttgart

Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906, BIC: SOLADEST600

Kontakt zur DKP-Kreisorganisation Stuttgart:  
mail@dgp-stuttgart.org

# 8. Mai

Tag der Befreiung von  
Faschismus & Krieg

Es sprechen u.a.

Prof. Wolfgang Däubler

Bernhard Schmid, Journalist Frankreich



Montag, 8. Mai 2023

17.00 Uhr

Kundgebung am

Mahnmal für die

Opfer des Faschismus

Stuttgart, Stauffenbergplatz

DIE ZERSCHLAGUNG  
DER GEWERKSCHAFTEN  
1933

## Zerschlagung der Gewerkschaften 1933

Veranstaltung am 02.05.2023,

18:00 im Gewerkschaftshaus

Veranstalter:

DGB-Region Stuttgart, DGB BW

Am 2. Mai 1933 zerschlugen die Nazis die freien Gewerkschaften und besetzten die Gewerkschaftshäuser. Ein Rückblick, wie das geschehen konnte und welche Lehren wir auch heute noch daraus ziehen müssen.

Referent: **Prof. Dr. Frank Deppe** mit Vortrag „Die Niederlage von 1933“

Im Anschluss Diskussion mit **Kai Burmeister** (Vorsitzender DGB-Baden-Württemberg) und **Julia Friedrich** (Geschäftsführerin DGB-Region Stuttgart)